

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ-Landtagsabgeordneten Mag. Wolfgang Jung, Prof. Dr. Herbert Eisenstein und Dr. Barbara Kappel betreffend „Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Sinne Österreichs“, eingebracht in der Landtagssitzung am 27. Jänner 2012 zu Post 2

Seit dem Jahr 2008 durchlebt die Welt eine Finanz- Wirtschaftskrise und ihre weitreichenden negativen Folgen, gepaart mit einer den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt gefährdenden sozialen, ökologischen und demokratischen Krise. Die Folgekosten dieser Krise sind noch immer nicht in ihrem vollen Ausmaß abschätzbar. Allein die europäischen Banken, Mitverursacher der Krise, waren bisher auf staatliche Hilfen von 300 Milliarden Euro angewiesen. Diese Aufwendungen, sinkende Steuereinnahmen, notwendige Konjunkturpakete, Mehrausgaben für Arbeitslosigkeit und anderes mehr haben die Staatsschulden in die Höhe getrieben.

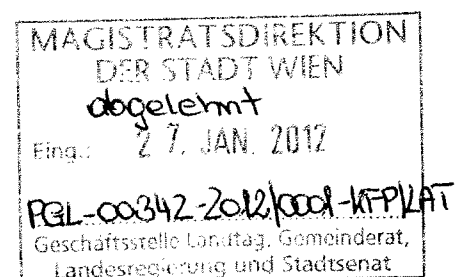
Die Kosten der Krise wurden bislang von der Masse der Steuerzahlern getragen. Es hat sich daher die Ansicht durchgesetzt, dass sich auch der Finanzsektor als Verursacher an den Kosten der Krise beteiligen muss.

Als wirkungsvolles Mittel soll europaweit eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden, die auf Finanztransaktionen zwischen Finanzinstituten erhoben werden soll. Sie wäre ein Instrument, um spekulative Finanzgeschäfte einzudämmen und somit künftigen Krisen vorzubeugen. Zugleich wären die dadurch anfallenden Steuereinnahmen ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung der europäischen Staaten und einer gerechteren Verteilung.

Durch die Finanztransaktionssteuer wird ein Regularium geschaffen, das eine Verringerung spekulativer Finanzgeschäfte ermöglichen soll. Da diese Steuer europaweit umgesetzt und eventuell von einer EU-Behörde eingehoben werden soll, ist fraglich, ob die auf dem Finanzstandort Österreich erzielten Steuereinnahmen auch in vollem Umfang dem Budget der Republik Österreich zugutekommen.

Die unterzeichnenden Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

B e s c h l u s s a n t r a g:



Der Wiener Landtag wolle beschließen:

Die Bundesregierung möge sich dafür einsetzen, dass eine europaweite Finanztransaktionssteuer zur Eindämmung spekulativer Finanzgeschäfte in der Europäischen Union ehestmöglich umgesetzt wird. Die auf dem Finanzstandort Österreich aus der Finanztransaktionssteuer eingehobenen Steuern sollen dem österreichischen Budget in vollem Umfang zugeführt werden.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

L. Peide

 H. L. Weger

 Blaschke

 W. K. W.

 J. K. W.

 S. K. W.